

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Mittags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.  
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 R. monatlich. Einzelne Num. 20 Pf.  
Verleger: Verlagsanstalt Nr. 21295, Schriftleitung Nr. 14574.  
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 2 R., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 R., unter Eingangs 5 R. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.  
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Sanitäts-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landes-Kulturdenkmäler, Jahresbericht und Rechnungsabschluss der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplanzen auf den Staatsforstrevieren.  
Beauftragt mit der Oberleitung (und presserechtlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Voenges in Dresden.

Nr. 160

Mittwoch, 13. Juli

1921

In der Presse sind Mitteilungen darüber erschienen, daß die Reichsbahnverwaltung Bayern Zugführerstellen gemacht hat, welche die Zuständigkeitsgrenzen der Bayerischen Zweigstelle des Reichsbahnministeriums vergrößern und Bayern eine erhöhte Selbständigkeit auf technischem und tariflichem Gebiete gewähren. Die sächsische Regierung hat bereits Schritte unternommen, um festzustellen, in welchem Umfang diese Meldung zutrifft. Falls derartige Zugführerstellen gemacht worden sein sollten, so würde die sächsische Regierung mit allem Nachdruck dahin wirken, daß ihr gegenüber von der Reichsbahnverwaltung gleiches Entgegenkommen geübt wird.

(N.) In der Presse wird mitgeteilt, daß Reichsminister Jüdel wiederum zum Vorsitzenden des Textilarbeiterverbands gewählt worden ist. Es wird in dieser Notiz der Anschein erweckt, als ob Minister Jüdel dadurch doppelten Gehalt bezöge und gegen Artikel 33 der Verfassung verstoße, der den Ministern die Annahme entgeltlicher Ämter verbietet. Demgegenüber ist zu bemerken, daß Minister Jüdel bisher und auch weiterhin für die Dauer seiner Ministerialität vom Textilarbeiterverband dispensiert und nur wiederbeschäftigt worden ist, damit ihm der von ihm schon seit Jahren bekleidete Posten erhalten bleibt. Da er während der Dispensation als Vorsitzender keinen Gehalt bezieht, liegt ein Verstoß gegen die Verfassung nicht vor.

## Von der Konferenz der Ernährungsminister.

(W.M.) Die Stuttgarter Konferenz der Ernährungsminister, an der von Sachsen die Herren Minister Jüdel, Ministerialdirektor Dr. v. Hübel und Ministerialrat Dr. v. Biedermann teilnahmen, beschäftigte sich neben der Frage der Aufhebung einiger Beschränkungen über den Handel mit Getreide- und Futtermitteln, Tabak und Wein u. a. hauptsächlich mit der Frage der gezielten Verwendung künstlicher Düngemittel durch die heimische Landwirtschaft sowie mit der Aufhebung der Zuckerbeschränkungen. Die Bewirtschaftung des Zuckers soll nach dem Beschluß der Konferenz mit dem 1. Oktober d. J. ihr Ende finden. Wogegen bisher nur die eventuelle Zunahme der Rübenanbaufläche, die in diesem Jahre etwa 70 Proz. der Freieidfläche erreicht, und die Tatsache, daß der Weltmarktpreis für Zucker bereits niedriger ist als der Inlandspreis.

Um die gesamte landwirtschaftliche Produktion häufig zu fördern, war die Konferenz sich klar, daß das erste Mittel dazu in der reichlicheren Verwendung von künstlichem Dünger besteht. Als Maßnahme zur Förderung vermehrter Verwendung desselben erachtet die Konferenz in dem von ihr aufgestellten Leitplan, neben dem Schutz der Landwirtschaft gegen minderwertige Düngemittel und neben der Bekämpfung der Fruchtlosigkeit, vor allem als nötig die Errichtung von Versuchsstationen wie auch die Veranstaltung von Versuchsversuchen, um durch praktische Aufklärung den Landwirten die Vorteile der künstlichen Düngung zu zeigen. Das Reich wird einheitliche Richtlinien aufstellen, die Aufklärung selbst wird den einzelnen Ländern überlassen bleiben. Ebenso wird das Reich für diese Zwecke Mittel den Ländern nach einem bestimmten Maßstab zur Verfügung stellen. — Ein Ausschuss der Konferenz teilnehmer nach der landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim und der gleichzeitig damit verbundenen Gutswirtschaft (Rustwirtschaft), die neben der Anwerbung von Kaufmännern die Vorteile der rationellen Wirtschaft überhaupt vor Augen fähete, behält sämtliche Teilnehmer in ihrer Überzeugung von der Bedeutung der Errichtung von Versuchsstationen. Haben doch in einer einzigen Woche nicht weniger als 4000 Landwirte die Versuchsstation in Hohenheim besucht.

Bezüglich der Brotversorgung bemerkt der Reichsernährungsminister, daß der Übergang zur neuen Ernte sich diesmal ohne größere Erschütterung vollziehen würde. Die bisherige Nation kann als gesichert gelten. Auch ist mit einer Verbesserung der Qualität des Brotes zu rechnen.

## Die Finanznot Polens.

### Drohender Zusammenbruch.

Der drohende Zusammenbruch der polnischen Währungsnot hat in ganz Polen die größte Bestürzung hervorgerufen. Am maßvollsten spricht sich noch die „Kocypolopolita“ über die gegenwärtige Lage aus. „Das gegenwärtige Sinken unseres Geldwertes“, schreibt das genannte polnische Blatt, „stellt eine Gefahr in höchstbedauerlicher Geschwindigkeit dar. Es handelt sich nicht mehr um Schwankungen, auch nicht mehr um ein Fallen, es handelt sich um eine Panik.“ Die Auflösung des polnischen Staatslebens habe begonnen, sagt die Zeitung hinzu. Schärfer äußert sich schon die „Gazeta Warszawska“, welche die Schuld an der Katastrophe der Regierung zuschreibt und dabei feststellt: „Polen lebt inmitten der zivilisierten Völker Europas, die uns und unsere Politik vom ersten Augenblick an beobachtet und die ihrer Meinung über uns im öffentlichen Urteil Ausdruck verleihen. Die Staatswirtschaft Polens ist in ihren Augen gerade so viel wert, wie unsere Wirt.“ Noch deutlicher wird die „Gazeta Poranna“, die ausruft: „Soweit sind wir also unter der vielgerühmten Regierung Witos gelangt.“ Das Blatt stellt dabei fest: „Die polnische Wirt. hat bereits auf den Wert von 2 deutschen Pfennigen und den eines halben französischen Centimes.“ Gegenüber dem Dollar und dem englischen Pfund liege sich ihr Wert nur nach Tausendsteln errechnen. Als Grund für den Zusammenbruch gibt die Zeitung die „unersättliche Verschwendungsumsicht des Staatswirtschaft“ an. Mit einer Anspielung auf Wladimir, der sich einmal selbst als „tollen Hofnarren“ bezeichnete, spricht die „Gazeta Poranna“ von einem „tollen Hofnarrenspiel“ der Witos-Regierung.

### Ubergabe von Schuldschreibungen über 12 Milliarden Goldmark.

Berlin, 11. Juli. In Erfüllung der Verpflichtungen aus Artikel 2a des Zahlungsplanes

Die zu erwartende Brotpreiserhöhung wird keinesfalls 50 Proz. übersteigen. Eine Erhöhung des Brotpreises macht sich aber nötig, weniger infolge der Erhöhung der Getreidepreise für die neue Ernte, die immer noch nicht die Hälfte des Auslandspreises betragen, als vielmehr durch die Einschränkung des Reichsgeldumschlags für Auslandsgetreide, der sich wegen der Finanzlage des Reiches notwendig macht.

Als Ort der nächsten Konferenz der Ernährungsminister wurde Ulm bestimmt.

### Betriebsstilllegungen im Düsseldorfer Bezirk.

Bonn, 12. Juli. Infolge der Zwangsmassnahmen des Verbandes am Rhein haben bis Ende Mai bei der Düsseldorfer Regierung bereits 62 Stilllegungen oder Betriebsbeschränkungen gemeldet werden müssen. In der Zeit vom 1. bis 24. Juni erfolgte die Stilllegung oder Einschränkung weiterer 27 Betriebe. Von den 89000 Arbeitern des Düsseldorfer Bezirks waren etwa 20000 mit verkürzter Arbeitszeit beschäftigt. Bei verschiedenen Industriezweigen ist ein Auftragsrückgang bis zu 66 Proz. zu verzeichnen.

### Die Konferenz in Washington.

Paris, 11. Juli. (Havas-Meldung.) Der amerikanische Geschäftsträger Rattelle heute vormittag dem Quai d'Orsay einen Besuch ab, wo er von dem Abteilungsleiter der politischen Abteilung empfangen wurde. Der Schritt des amerikanischen Geschäftsträgers sollte dazu dienen, Fühlung zu nehmen über die Aufnahme der kürzlich ergangenen Einladung Harding durch die französische Regierung. Der Präsident hätte beinahe die anwesenden und abwesenden Mächte aufgefordert, an einer Konferenz in Washington teilzunehmen, auf der vor allem die Fragen der Einschränkung der Waffnungen, des Stillen Ozeans und des fernem Ostens zur Erörterung kommen sollten. Der Abteilungsleiter teilte dem Minister-

des Reparationsausschusses hat die Kriegskostenkommission dem Reparationsausschuss zum 1. d. M. Schuldschreibungen über 12 Milliarden Goldmark übergeben, die vom 1. Mai 1921 ab mit 5 Proz. verzinst und vom gleichen Tage ab mit jährlich 1 Proz. unter Zuwachs der durch die Tilgung ersparten Zinsen durch Rückzahlung zum Nennwert getilgt werden. Als Sicherheiten für diese Zahlungen bestimmt die deutsche Regierung an erster Stelle die Erträge der deutschen See- und Landzölle, insbesondere aller Aus- und Einfuhrabgaben, die Erträge einer Abgabe von 25 Proz. auf den Wert aller deutschen Ausfuhr, soweit sie nicht bereits einer anderweitig aufgelegten gleichen oder höheren Abgabe unterworfen ist, und schließlich die Erträge derjenigen direkten oder indirekten Steuern oder Fonds, die von der deutschen Regierung vorgeschlagen und von dem Garantiekomitee in Ergänzung oder als Ersatz für die geforderten Fonds angenommen wurden. Die Schuldschreibungen sind besetzt von allen deutschen Steuern und Losen aller Art.

### De Valera an seine Mitbürger.

London, 12. Juli. In einer Proklamation an seine Mitbürger sagt de Valera, während der Waffenruhe müsse strengste Disziplin gewahrt werden. Bei den bevorstehenden Verhandlungen würde die irische Abordnung ihr äußerstes tun, um eine gerechte und friedliche Lösung herbeizuführen. Aber die Geschichte, besonders Irlands warne vor unzeitigem Vertrauen. Wenn wiederum Gewalt gegen unsere Nation angewendet werden soll, so schießt die Proklamation, dann müssen wir bereit sein, noch einmal Widerstand zu leisten. So allein werden wir es dazu bringen, daß auf die Gewalt endgültig verzichtet und daß Gerechtigkeit und Gerechtigkeit als Schiedsrichter anerkannt werden.

präsidenten Briand diesen Schritt sofort nach seiner Rückkehr aus der Kammerführung mit.

Frankfurt, 12. Juli. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus New York: Präsident Harding ging mit dem Vorschlag einer Abrüstungskonferenz schon über die Resolution Erhard hinaus. Washingtoner Meldungen besagen, daß eine nochmalige Erweiterung wahrscheinlich sei, jedoch nicht eine Hauptmächtekonferenz, sondern eine Weltkonferenz stattfinden werde.

### Politischer Anschlag.

Frankfurt, 12. Juli. Die „Frankf. Zeitung“ meldet aus Breslau: Im Bad Langenau in der Grafschaft Glogau wurde der Herausgeber einer linksdemokratischen Breslauer Wochenchrift, der sich gegen die reaktionären Treibeieren in Teilen des Selbstschutzes gewandt hatte, von 25 Selbstschutzesangehörigen überfallen und schwer mißhandelt.

### Russische Volkszählung.

Kopenhagen, 12. Juli. Nach einer Meldung der „Politiken“ veröffentlicht die „Pravda“ einen Bericht über die letzte Volkszählung in Rußland. Danach lebten Ende 1920 etwa 133 Mill. Menschen in Rußland, das sind 12 Millionen weniger als im Jahre 1914. Die Moskauer Bevölkerung zählte 1920: 1.055.011, 1917: 1.043.000 Seelen. Ende 1920 gab es 228.000 Beamte in Moskau, während 1897 in ganz Rußland nur 263.000 Beamte tätig waren. Die Sterblichkeit in Moskau betrug vor dem Kriege 23 von 1000 und 1918 die gleiche Ziffer. Im ersten Halbjahr 1919 stieg die Sterblichkeit auf 50, und im zweiten Halbjahr betrug sie 40 von 1000. Im ersten Halbjahr 1920 starben 45 von 1000, während die Sterblichkeit im zweiten Halbjahr 1920 auf 28 fiel. Die Zahl der eingegangenen Ehen ist viermal so groß wie vor dem Kriege und beträgt 20 von 1000.

## Gebt für das Oberschlesierhilfswerk!

### Die Warschauer Finanzkatastrophe.

—er. Warschau, 9. Juli  
Der deutsche Reichstag ist in die Sommerferien gegangen, der polnische Sejm noch nicht. Die neue Regierung Witos möchte ihn gern sogleich in Umlauf schicken, weil die häuerlichen Abgeordneten, auf die sie sich bei entscheidenden Schritten stützen muß, infolge der Ernte zum größten Teil fehlen. Aber die öffentliche Meinung verlangt, daß irgendeine parlamentarische Maßnahme erfolgt. Denn die Stunde ist mehr als kritisch. Man steht vor dem Staatsbankrott, man befindet sich eigentlich schon mitten darin. Das furchtbare Wort will nur nicht amtlich über die Lippen. In Straßburg begannen die Banken ihre Zahlungen einzustellen, dann wandten sich die Bremer, die in holländischen an den Finanzminister. Die holländ. er dürfe Ofgalzen nicht zugrunde gehen lassen. Nun meldet sich auch der Vorstand des Warschauer Hilfskomitees und fordert, daß sich die Regierung dem Sejm außerordentliche Vollmachten zum Erlaß sofortiger Maßnahmen geben lasse, um die Finanzkatastrophe zu verhüten! Was soll geschehen? Steczkowski, der ein gründlicher Nationalökonom mit dem besten Willen ist, hat kürzlich im Parlament eine „Rettenungsrede“ gehalten, er sieht die Ursache der polnischen Katastrophe mit Recht vor allem in der oberhalblichen Verwaltung, also in der polnischen Lage. Dann aber auch in Schwächen des polnischen amerikanischen Überwältigung, im vollständigen Stillstand der polnischen Kapital- und Wirt. im dauernden Bedarf fremder Waren für häuerliche Lebensmittel- und Rohstoffe. Auch die Industrie braucht beständig ausländische Wirt. für ihre Rohstoffe. Endlich haben ausländische Zehntausende mit polnischer Wirt. gemaltige Anstöße erhalten. In Wien wurden allein 10.000.000 auf den Markt geworfen. In Polen selbst wuchert das Zehntausendfache infolge der Wirt. aber eine kommende Notensampfung und Devaluation. Sowie noch natürlich jeder aufmerksam Beobachter. Aber was will Steczkowski tun? Er nannte mit zwei schwachen Mitteln: Streikung und Verschärfung der ihm bereits vor Jahresfrist erteilten besonderen Vollmachten zur Überwachung des Auslandsgeldverkehrs und eine Emision von Schatzscheinen über 5 Milliarden. Aus Andeutungen in der Presse geht hervor, daß die Regierung tatsächlich auch eine Abkämpfung der Wirt. und deren Umlauf in Umlaufplanung plant. Aber dazu dürfte es zu spät sein. Weltweitgerewe hat man nach den letzten Beschlüssen der Budgetkommission gar nicht mehr von den in Aussicht genommenen Kreditopfern für Sanierung der polnischen Finanzen. Vielmehr ist jetzt nur noch die Rede von einer Anleihe, die aber erst nach den Ferien im polnischen Reichstag eingebracht werden soll. Infolge ihres Zaubers wird die Regierung von links und rechts aufs schärfste angegriffen. Für die nationaldemokratische Partei hat sich der frühere Finanzminister Wladislaw Stabski als Gegenspieler Steczkowskis aufgestellt. Er beantragt Erhöhung der Steuern, Abschaffung der Staatswirtschaft für Kohle und Petroleum, Aufhebung aller Beschränkungen und Nationalisierungen, Einschränkung der Tätigkeit der Notenpresse, die jetzt täglich 400 Mill. W. ausgibt; endlich: Einschränkung des Beamtenapparates und der Militäraufstellungen. Zur Milderung dieses wuchtigen Antrages nur ein paar Zahlen. Das zurzeit größte und arbeitsreichste Kriegsministerium der Welt — das französische — beschäftigt mit seinen rund 1600 Militär- und Zivilbeamten kaum die Hälfte der sich gegenwärtig auf etwa 3.300 befindenden Beamten des Kriegsministeriums der polnischen Republik. Ja noch mehr, zur strengsten und arbeitsreichsten Zeit des russischen Regimes (unter General Gurkoff) betrug die Anzahl der in Kongresspolen tätigen Staats- und Kommunalbeamten etwas über 11.000 Mann. Das gegenwärtige Kongresspolen beschäftigt aber rund eine Viertel Million Beamten. Und diese Staatsbeamten beziehen an Gehältern eine Summe, die das Doppelte der polnischen Staatseinnahmen ausmacht. In Warschau allein wird eine halbe Milliarde Mark für die Unterhaltung der Amtskarosse jährlich ver-